28 / 2012 www.sabine-baetzing.de 21.09.12

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine ereignisreiche Wahlkreiswoche mit vielen interessanten Begegnungen liegt hinter uns und der Höhepunkt der Woche erwartet uns heute Abend in Neitersen!
Zum vierten Mal bewerbe ich mich um die Bundestags-kandidatur für unseren Wahlkreis.
Mein Rechenschaftsbericht über die 17. Legislatur steht ab Montag auf meiner Homepage bereit. Wir haben viel erreicht für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Region- aber es sind auch noch Baustellen & Hausaufgaben offen.
Beispielsweise nenne ich die Bekämpfung des Bahnlärms, die Stärkung der Infrastruktur inkl. der Datenautobahnen und den Demografischen Wandel zu gestalten.
Deshalb: ich bin bereit diese und neue Aufgaben anzugehen - ich hoffe dabei auf eure Unterstützung!
Vielen Dank!!
Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Paul-Löbe-Haus
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

Armuts- und Reichtumsbericht – Schnell umdenken!

Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung. Seine vorab bekannt gewordenen zentralen Befunde müssten bei Frau Merkel und der gesamten Bundesregierung für ein Umdenken auf zentralen Politikfeldern sorgen: Der private Reichtum in Deutschland wächst nicht nur, während das Vermögen des Staates schrumpft, sondern die Ungleichverteilung der Privatvermögen nimmt auch immer weiter zu. Selbst von möglichen Gegenmaßnahmen, die diese auch ökonomisch schädlichen Entwicklungen abmildern könnten, hat die Bundesregierung keine einzige mit Nachdruck verfolgt. Vom Thema Mindestlohn bis hin zur Finanztransaktionssteuer: Nichts hat diese Regierung aus eigenem Antrieb angepackt. Wirksamstes Mittel gegen wachsende Ungleichheit wäre eine vernünftige Steuerpolitik: Doch hier gefällt sich die Regierung in Totalverweigerung: Selbst eine moderate Steuererhöhung für Spitzenverdiener in Deutschland ist mit ihr nicht zu machen. Auch die von der SPD geforderte Wiedererhebung der Vermögenssteuer lehnt die Regierung ab. Dabei sind die zentralen Befunde des Berichts ein unschlagbares Argument für die Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Dadurch würden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Mit ihr würde sich die finanzielle Situation des Staates verbessern und gleichzeitig könnte das Auseinanderdriften der Gesellschaft bei den Vermögen zumindest gestoppt werden.

Gleichstellung

Frauen im Beruf – Der Anteil muss erhöht werden!

Mütter wollen mehr arbeiten. Wenn Frauen nicht erwerbstätig sein können, sind Familien und vor allem Alleinerziehende von stärkerer Armut bedroht. Das Ziel der Bundesregierung müsste es daher sein, die Frauenerwerbsbeteiligung drastisch zu erhöhen. Sie macht aber genau das Gegenteil: sie legt die Hände in den Schoß, plant nach wie vor das völlig unsinnige Betreuungsgeld einzuführen und diskutiert über die Ausweitung der Minijobs.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern stattdessen den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, gesetzliche Regelungen zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebots für Frauen und Männer, eine verbindliche Quote von mindestens 40 Prozent für Frauen in Aufsichtsräten und Vorständen, ein Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit sowie die längst überfällige Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns.

Das sind Maßnahmen, die Frauen dabei helfen öfter und länger erwerbstätig zu sein und die sie vor Armut schützen. Das sind Maßnahmen abgestimmter und konsistenter Gleichstellungs- und Familienpolitik. Das sind aber leider nicht die Maßnahmen der jetzigen Bundesregierung. Denn diese zeichnet sich durch einen Zick-Zack-Kurs aus, der vor allem den Frauen und Familien schadet.

Finanzen

Vermögenssteuer – Endlich zur Besinnung kommen!

Die ablehnenden Reaktionen aus CDU und FDP, auf die in der gesamten Gesellschaft immer stärker werdenden Forderungen nach der Wiedereinführung der Vermögensteuer, sind rückwärtsgewandte Reflexe und ein Zeichen gesellschaftspolitischer Ignoranz.
Statt sich unvoreingenommen und ernsthaft mit der immer problematischer werdenden Einkommens- und Vermögensverteilung auseinanderzusetzen, wiederholen die Gegner der Vermögensteuer wieder nur die alten Klassenkampf-Parolen und Unterstellungen. Zumindest was unsere Steuerpläne angeht, werden sich Mittelschicht und Mittelstand keine Sorgen machen müssen. CDU, CSU und FDP müssen endlich zur Besinnung kommen, weil ohne eine Vermögensteuer die Behebung der großen Defizite im Bildungsbereich nicht finanziert werden kann und die dauerhafte Einhaltung der „Schuldenbremse“ in den Ländern nicht zu bewältigen sein wird.

Sabines Woche Infoservice

Finanzen

Steuerreform – Wieder nur für die eigene Klientel!

Die Bundesregierung hat eine Mini-Unternehmenssteuerreform geplant, die unter anderem Änderungen bei der Verlustverrechnung, der Organschaft und dem steuerlichen Reisekostenrecht umfasst. Diese Steuervereinfachungen, die vorrangig der eigenen Klientel zugute kommen sollen, erhöhen dabei aber die Schuldenlast der Allgemeinheit. Steuervereinfachungen in Trippelschritten werden zum politischen Markenzeichen der Regierungskoalition in dieser Legislaturperiode.

Die zu erwartenden Steuermindereinahmen des Gesetzentwurfs beziffert die Bundesregierung mit jährlich 290 Millionen Euro. Angesichts der schwierigen Haushaltslage von Bund, Ländern und Kommunen wird die SPD-Bundestagsfraktion die Rechtsänderungen in der jetzt vorgeschlagenen Form ablehnen.

Gerade vor dem Hintergrund der vorab bekannt gewordenen Ergebnisse des vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung wäre es unverantwortlich, die öffentlichen Haushalte leichtfertig finanziell weiter zu schwächen.

Es zeigt sich einmal mehr, dass das von der schwarz-gelben Bundesregierung vollmundig angekündigte System einfacher, niedriger und gerechter Steuern an der Realität scheitert. Ziel einer vernünftigen Unternehmenssteuerpolitik muss es sein, die Zukunft gerade auch der kleinen und mittelständischen Unternehmen – und damit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – zu sichern, und dabei die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden zu stärken. Von diesem Ziel sind die auf ein Minimum gestutzten Pläne der schwarz-gelben Koalition weit entfernt.

Bildung

21.September – Deutscher Weiterbildungstag!

Der Deutsche Weiterbildungstag hat sich als Institution etabliert. Die mehr als 50.000 Mitwirkenden in Deutschland zeigen, dass lebensbegleitendes Lernen in der modernen Wissensgesellschaft nicht mehr wegzudenken ist.

Dennoch vernachlässigt die Bundesregierung dieses wichtige Feld der Bildungspolitik. Bildungsprämie, Weiterbildungssparen und Aufstiegsstipendien sind nur ein zaghafter Anfang.

Und wo die Bundesbildungsministerin versucht, Gutes zu tun, belastet die Bundesarbeitsministerin mit den Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik angesehene Weiterbildungsträger und deren qualifizierte Arbeit und zerstört Fortbildungsmöglichkeiten.

Die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs auf allen Ebenen, von der Grundbildung bis hin zur akademischen Weiterbildung, wird so nicht funktionieren. Gute Weiterbildungspolitik sieht anders aus.

Wir wollen in der Weiterbildung mehr. Mehr Alphabetisierungs- und Grundbildungskurse. Eine zweite und auch dritte Chance bei Schul- und Berufsabschlüssen. Mehr Weiterbildung für Geringqualifizierte. Ein Programm zur Förderung der betrieblichen Weiterbildung in kleinen und mittleren Unternehmen. Und die Einführung des günstigen Weiterbildungskredits für individuelle Fortbildungsanstrengungen. Das langfristige Ziel bleibt: Ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz mit klaren Rechtsansprüchen für alle.

Eine gute Nachricht gab es in diesem Jahr für die Weiterbildung: Der Mindestlohn für rund 30.000 Menschen ist endlich allgemeinverbindlich. Wir und alle Aktiven bei den Trägern und in den Gewerkschaften haben über drei Jahre gemeinsam dafür gekämpft. Im Sommer kam dann endlich der Durchbruch. Wir freuen uns über diesen ersten Schritt in die richtige Richtung, müssen aber weiter kämpfen für verlässliche Weiterbildungsstrukturen und eine angemessene Bezahlung der Weiterbildner/-innen, die großen Einsatz für eine wichtige Zukunftsaufgabe leisten.

In eigener Sache

Gründung eines weiteren Tibet-Gesprächskreises!

Seit 2008, als das Thema Tibet durch die Olympiade in Peking auf der Tagesordnung stand, gibt es einen Tibet-Gesprächskreis in Altenkirchen. Rund 35 Menschen engagieren sich dort für die Einhaltung der Menschenrechte in Tibet und machen durch viele Aktionen und Veranstaltungen auf die sehr problematische Situation in Tibet aufmerksam. Die Menschen in Tibet sind so verzweifelt, dass sich bereits mehr als 50 Menschen selbst verbrannt haben. Sie leiden darunter, dass die chinesische Regierung systematisch die tibetische Identität zerstören will. Informationen aus Tibet sind nur schwer zu bekommen, da keine Journalisten von dort berichten können und alles unternommen wird, die Verhältnisse dort nicht nach außen dringen zu lassen.

Nun wollen wir versuchen, im Kreis Neuwied einen ähnlichen Gesprächskreis zu etablieren, um Solidarität mit dem tibetischen Volk zu zeigen. In Sabines Treffpunkt in Unkel in der Frankfurter Straße sind Interessierte herzlich eingeladen. Dalha Agyitsang wird aus dem Buch „Ihr habt die Gewehre – ich einen Stift“ von Tsering Woeser lesen. Außerdem gibt es tibetisches Essen, tibetische Musik und informative Gespräche mit Tibetern und Unterstützern. Es wäre sehr schön, wenn wir ein eindrucksvolles Zeichen der Solidarität zeigen könnten. Also bis Sonntag! Tashi Delek!

Blutspende im Zoo Neuwied

Am Sonntag um 14.00 Uhr ist ein Blutspendetermin im Neuwieder Zoo. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir uns dort mit vielen Blutspendern gemeinsam für die Lebensrettung Kranker einsetzten. Blut wird knapp!
Sehen wir uns? Das wäre super!

Bonbon

„Slalomfahren ist eine erlaubte Fortbewegungsart in der Politik - Kreisverkehr nicht.“

(Franz Müntefering, SPD)

Termine

22.09.12	**10.30 Uhr**	**Kartoffelmarkt in Steimel**
	14.00 Uhr	**Jahrmarkt Wissen**
	19.30 Uhr	**Oktoberfest in Herdorf**
23.09.12	**11.00 Uhr**	**Gründung Tibet-Gesprächskreis in Unkel**
	13.00 Uhr	**Unkeler Dreisprung**
	14.00 Uhr	**Blutspende Zoo Neuwied**
24.09.12 – 28.09.12		**Sitzungswoche in Berlin**
28.09.12	**18.00 Uhr**	**SPD Landesvorstand Mainz**
	19.30 Uhr	**Landesvorstand und Fraktion**